

**Pressemitteilung**

**20 Jahre Patientenvertretung**

**BAG SELBSTHILFE würdigt Engagement und fordert Patientenbeteiligung für ein gerechtes Gesundheitssystem jetzt zu stärken**

**Düsseldorf/Berlin, 19. Februar 2024** - Die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss ist seit 20 Jahren ein fester Bestandteil im G-BA und feiert am 19. Februar 2024 ihr Jubiläum mit einem Festakt in Berlin. Diese zwei Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit sind nicht nur ein Grund zum Feiern und zeigen, dass die Patientenvertretung eine zentrale Rolle in der Gesundheitspolitik Deutschlands eingenommen hat. Die Veranstaltung der Bundesregierung zum Jubiläum nimmt die BAG SELBSTHILFE auch zum Anlass, die Zukunft der Patientenvertretung mit führenden Personen zu diskutieren.

"Im deutschen Gesundheitswesen engagieren sich täglich mehrere hundert Patientenvertreter\*innen ehrenamtlich in wichtigen Entscheidungsgremien. Sie sind das Fundament für ein patientenfokussiertes Gesundheitssystem. Aber wie bei jeder erfolgreichen Kooperation, brauchen alle Beteiligten - und somit auch das Ehrenamt - eine gute Organisationsstruktur sowie ausreichende Rechte, um sich wirkungsvoll einbringen zu können. Daher ist die Stärkung der Patientenbeteiligung, die im Koalitionsvertrag verabredet wurde, nun umzusetzen", fordert Dr. Martin Danner, Bundesgeschäftsführer der BAG SELBSTHILFE und Sprecher des Koordinierungsausschusses der maßgeblichen Patientenorganisationen im G-BA.

Ein patientenorientiertes Gesundheitssystem kann nur entstehen, wenn diejenigen, die direkt betroffen sind, auch an den Entscheidungen teilhaben können. Durch die Mitarbeit der Patientenvertreter\*innen in den zahlreichen Ausschüssen und Arbeitsgruppen tragen sie dazu bei, dass die Perspektive der Betroffenen in Entscheidungsprozesse einfließt. Anlässlich des Jubiläums wollen alle Beteiligten notwendige Bausteine zur Stärkung der Patientenbeteiligung in den Fokus stellen, um auf den Grundmauern des 20-jährigen Bestehens ein zukunftsträchtiges, besseres Haus der starken Beteiligung von Patienti\*nnen im Gesundheitssystem zu errichten.

„Es ist höchste Zeit, dass wir alle - Gesundheitsdienstleister, politische Entscheidungsträger, Patientenorganisationen und die Gesellschaft als Ganzes - uns gemeinsam dafür einsetzen, die Patientenbeteiligung zu stärken und ein Gesundheitssystem aufzubauen, das die Bedürfnisse und Rechte aller Menschen respektiert und schützt. Nur durch eine echte Partnerschaft zwischen Patient\*innen und Gesundheitssystem können wir eine Gesundheitsversorgung erreichen, die für Allen gerecht wird. Deshalb fordern wir eine personelle und strukturelle Stärkung der Patientenorganisationen“, macht Dr. Martin Danner deutlich.

Zu Stärkung der Patientenbeteiligung und -vertretung im G-BA und weiteren Beteiligungsgremien hat die BAG SELBSTHILFE gemeinsam mit den maßgeblichen Patientenorganisationen ein Forderungspapier erstellt.

Informationen zum Jubiläumsveranstaltung der Patientenvertretung stehen auf der [Homepage der BAG SELBSTHILFE](https://www.bag-selbsthilfe.de/aktuelles/nachrichten) zur Verfügung.

Burga Torges

Referatsleitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
BAG SELBSTHILFE e.V.
Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf
Fon: 0211 31006-25
Fax: 0211 31006-48

[www.bag-selbsthilfe.de](http://www.bag-selbsthilfe.de)
burga.torges@bag-selbsthilfe.de

Die BAG SELBSTHILFE mit Sitz in Düsseldorf ist die Dachorganisation von 125 bundesweiten Selbsthilfeverbänden behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen. Darüber hinaus vereint sie 13 Landesarbeitsgemeinschaften und 7 außerordentliche Mitgliedsverbände. Der BAG SELBSTHILFE sind somit mehr als 1 Million körperlich-, geistig-, sinnesbehinderte und chronisch kranke Menschen angeschlossen, die sowohl auf Bundes- und Landesebene tätig sind als auch auf lokaler Ebene in Selbsthilfegruppen und Vereinen vor Ort. Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Inklusion, Rehabilitation und Teilhabe behinderter und chronisch kranker Menschen sind die Grundsätze, nach denen die BAG SELBSTHILFE für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung behinderter und chronisch kranker Menschen in zahlreichen politischen Gremien eintritt.